



Gunther Krichbaum

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/227-70371 Telefax: 030/227-76371
E-Mail: gunther.krichbaum@bundestag.de
www.gunther-krichbaum.de

Berlin aktuell

Vertrauen schaffen, Wachstum stärken

Das Konjunkturprogramm der Bundesregierung

Auch in dieser Woche beherrschte die weltweite Konjunkturabschwächung als Folge der ersten Krise auf den globalen Finanzmärkten die Arbeit des Parlaments. Vor dem Hintergrund dieser Krise sieht die Bundesregierung es als vorrangige Aufgabe an, Wachstum und Beschäftigung auch weiterhin zu sichern.

Mit dem vor kurzem in Kraft getretenen Maßnahmenpaket zur Stabilisierung der Finanzmärkte (Berlin aktuell Nr. 15) werden Stabilität und Funktionsfähigkeit des deutschen Finanzsystems gewährleistet. Damit wird auch eine entscheidende Voraussetzung geschaffen, dass für Industrie und Handel die notwendige Versorgung mit Liquidität und Krediten sichergestellt bleibt. So werden die finanziellen Grundlagen für unternehmerisch notwendige Investitionen gefestigt, die zur Sicherung von Arbeitsplätzen notwendig sind.

Das in der vergangenen Woche vom Bundeskabinett beschlossene und in dieser Woche präzisierende Maßnahmenpaket der Bundesregierung schafft darüber hinaus eine Perspektive für die rasche Überwindung der Konjunkturschwäche und für die Sicherung von Arbeitsplätzen. Die Maßnahmen sind langfristig sinnvoll, kurzfristig umsetzbar und rasch wirksam. Sie geben kräftige Impulse für öffentliche und private Investitionen. Bürger und Unternehmen werden entlastet, der Konsum wird belebt, und die Beschäftigungserfolge werden gesichert. Die neuen Maßnahmen werden eingebettet in ein glaubwürdiges Finanzierungskonzept, das an dem Ziel der Haushaltskonsolidierung festhält.

Für 2009 und 2010 hat die Bundesregierung ein Paket schnell wirksamer Investitionsmaßnahmen geschnürt. Der Bund fördert damit Investitionen von Unternehmen, privaten Haushalten und Kommunen. Steuerliche Entlastungen sollen gleichzeitig den privaten Konsum ankurbeln.

Unternehmen erhalten besondere Abschreibungsmöglichkeiten. Befristet auf zwei Jahre wird zum 1. Januar 2009 eine so genannte degressive Abschreibung von 25 Prozent auf bewegliche Wirtschaftsgüter wieder eingeführt. Neuwagenkäufer müssen bis zu zwei Jahre lang keine Kfz-Steuer zahlen. Hiermit wird die Entwicklung und Verbreitung effizienter Fahrzeuge gefördert. Gleichzeitig soll dies den notwendigen Anpassungsprozess der Automobilbranche erleichtern. Für das Gebäudesanierungsprogramm stehen in den Jahren 2009 bis 2011 drei Milliarden Euro mehr bereit. Mehr Geld gibt es auch für die Förderung des altersgerechten Umbaus von Wohnraum sowie für die Sanierung von Schulen. Und private Haushalte können Handwerkerrechnungen bis zu 6.000 Euro im Jahr mit 20 Prozent steuerlich geltend machen. Der Steuerbonus für Handwerkerleistungen für Instandhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen in privaten Haushalten verdoppelt sich damit. Mit diesem umfassenden Wachstumspaket werden langfristig sinnvolle Maßnahmen angeregt, die die Erfolge der letzten Jahre bei der Beschäftigung trotz der weltweiten Konjunkturabschwächung zu verstetigen helfen.

Kontrollgremium gewählt

Zur parlamentarischen Kontrolle über Mittel des Finanzmarktstabilisierungspakets wurde in dieser Woche aus den Reihen des Haushaltsausschusses ein neunköpfiges Gremium gewählt. Dieses wird vom Bundesfinanzministerium über alle den Finanzmarktstabilisierungsfonds betreffenden Fragen unterrichtet und berät darüber hinaus über grundsätzliche und strategische Fragen und langfristige Entwicklungen der Finanzmarktpolitik.

Mandatsverlängerung beschlossen

In dieser Woche wurde die Fortsetzung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte bei der Unterstützung der Operation Enduring Freedom (OEF) beschlossen. Dabei wurde die Personalobergrenze von 1400 auf 800 Soldaten gesenkt und das Einsatzgebiet auf das Seegebiet vor dem Horn von Afrika beschränkt. Durch den Einsatz von See- und Seeluftstreitkräften wird Terroristen vor der somalischen Küste der Zugang zu Rückzugs- und Aktionsräumen und die Nutzung potenzieller Verbindungswege zu terroristischen Strukturen auf der arabischen Halbinsel erschwert. Die Mandatsverlängerung erfolgt wegen der Bundestagswahlen im nächsten Jahr bis zum 15. Dezember 2009. Nach seiner Konstituierung kann dann der neu gewählte Bundestag über das weitere Vorgehen entscheiden.

Bericht zum Stand der deutschen Einheit

Die Bundesregierung stellte in dieser Woche den Jahresbericht zum Stand der deutschen Einheit 2008 vor, der einen detaillierten Einblick in die Regierungspolitik für den Aufbau Ost in allen wesentlichen Politikfeldern ermöglicht. Die gute konjunkturelle Entwicklung hat sich im vergangenen Jahr auch in Ostdeutschland in einem deutlich positiven Wachstum von 2,2 Prozent (im industriellen Bereich 9,9 Prozent) niedergeschlagen. Die Arbeitslosigkeit ist auf 15,1 Prozent im Jahr 2007 gesunken (2006: 17,3 Prozent). Der Bericht stellt insbesondere vier Schwerpunkte der Förderung dar: Innovation, Arbeitsmarkt, Demographie und Kooperation mit Osteuropa. Hervorzuheben ist der Beschluss, die Investitionszulagenförderung bis 2013 fortzuführen.

Gedenkstättenkonzeption des Bundes

In dieser Woche hat der Bundestag die Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes „Verantwortung wahrnehmen, Aufarbeitung verstärken, Gedenken vertiefen“ beschlossen. Mit ihr soll die erinnerungspolitische Aufarbeitung des SED-Unrechts auf eine völlig neue Grundlage gestellt werden. Lag der Schwerpunkt bei der Aufarbeitung des SED-Unrechts bisher hauptsächlich auf der Auswertung der Stasi-Akten, wird nun das SED-Unrechtsregime insgesamt in den Blick genommen. Neu geschaffen wird der „Geschichtsverbund zur Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur in Deutschland“, in dem alle betreffenden Einrichtungen gemeinsam die Aufarbeitung voranbringen sollen. Im NS-Bereich erhält die Gedenkstättenarbeit in mehrfacher Hinsicht eine verstärkte Unterstützung. So werden die vier KZ-Gedenkstätten Bergen-Belsen, Dachau, Neuengamme und Flossenbürg neu in die institutionelle Förderung des Bundes aufgenommen.

Mehr Verbraucherschutz im Telekommunikationsdschungel

Unerlaubte und belästigende Telefonwerbung hat sich für viele Verbraucherinnen und Verbraucher zu einer Plage entwickelt. Daher berät der Bundestag derzeit zwei Gesetze, um dem Treiben vieler „Schwarzer Schafe“ einen Riegel vorzuschieben und die Verbraucher besser gegen unerlaubte Telefonverträge und andere Abzockfallen im Telekommunikationsbereich zu schützen. Wer künftig gegen das Gesetz gegen unlautere Werbung verstößt und unerlaubte Werbeanrufe betreibt, wird schärfer bestraft werden, das Bußgeld erhöht sich auf 50.000 Euro. Eine Rufnummernunterdrückung zur Verschleierung des Absenders wird ebenfalls mit einem Bußgeld von bis zu 10.000 Euro geahndet. Darüber hinaus wird künftig bei einem Telefonanbieterwechsel die Schriftform erforderlich sein. Hiermit soll das Problem untergeschobener Verträge beseitigt werden. Ebenso führen wir für teure 0180-Rufnummer Preisobergrenzen ein. Dies wird vor allem die hohen Kosten bei Anrufen vom Mobiltelefon senken.